

# Mehr Marktwirtschaft in der Migrationspolitik

Wer in die Schweiz einwandert, profitiert von den Vorleistungen der heutigen Bewohner. Wir sollten unser Land als einen Klub verstehen und eine Eintrittsgebühr verlangen.

Thomas Anwander und Zeno Staub



Wohnen und Arbeiten muss wieder am gleichen Ort möglich sein.

Die Migration bewegt die Gemüter nicht nur, weil Wahlkampf ist, sondern auch, weil die wachsende Bevölkerung immer stärker unsere Infrastruktur belastet, immer mehr Leute unter Dichtestress leiden und das Zusammenleben von Menschen aus immer unterschiedlicheren Kulturen herausfordernd und anstrengend sein kann. Niemand will sich fremd und eingeengt in der eigenen Heimat fühlen.

## Beste Hochschulen der Welt

Die Schweiz hat in ihrer Geschichte immer wieder von Einwanderern profitiert. Zahlreiche heute erfolgreiche Unternehmen wie Nestlé, ABB oder viele Uhrenfirmen wurden von Initiativen Einwanderern gegründet. Auch Forscher und Ingenieure ausländischer Herkunft leisteten und leisten immer wieder einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen. Ohne einen inter-

nationalen Lehrkörper und die ambitioniertesten Studierenden aus aller Welt wären nicht so viele Schweizer Universitäten und Hochschulen unter den besten der Welt. Erfolgreiche Länder und Regionen sind nun einmal

*Weder die Schweiz noch Europa können alle Menschen aus Krisengebieten aufnehmen.*

Wohlstandsmagnete und ziehen Menschen an, die ein besseres, erfüllteres Leben suchen. Zudem betreiben wir in der Mitte von Europa eine sehr erfolgreiche Exportindustrie mit der EU als grösster Kundin, die als eine der Bedingungen für einen präferierten Marktzugang auf Personenfreizügigkeit beharrt. Unsere Wirtschaft ist auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, da der einheimische Arbeits-Pool offenbar zu klein ist.

Was nun? Freie Fahrt in die Zehn-Millionen-Schweiz? Nachvollziehbare Ängste politisch gezielt schüren und zurück in eine merkantilitische Welt von Kontingenten und Saisonierstatut? Abkehr von der Willensnation, die allein unserer eigenen heterogenen Herkunft (Sprache, Konfession) gerecht zu werden vermag, hin zur Bevorzugung von Herkunft und Abstammung? Auf dem schmalen Grat zwischen berechtigten Anliegen und keimender Fremdenfeindlichkeit weitergehen und warten, bis die Ersten abrutschen? Nein, es gibt bessere Wege, weltoffen und wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben, aber auch unsere nationale Wertegemeinschaft eigenständig zu erhalten: Die Migration ist über Preissignale effizient zu steuern und die Konsequenzen des Erfolges sind bewusst zu gestalten.

Wer heute in die Schweiz einwandert, profitiert von stabilen politischen Verhältnissen, einem verlässlichen Rechtssystem, das Eigentumsrechte schützt, guten Schulen, einer leistungsfähigen Infrastruktur und gutausgebauten Sozialsystemen. Man kann heute dem «Klub Schweiz» beitreten, ohne eine Eintrittsgebühr zu bezahlen. Das gilt für das zusätzliche Klubmitglied, aber insbesondere für diejenigen, welche die Einladungen aussprechen: die Unternehmen. Heute ist es für Unternehmen leider verlockend, eher fertig ausgebildete ausländische Fachkräfte zu rekrutieren, als in die Ausbildung des eigenen Nachwuchses zu investieren, die Produktivität zu steigern oder gesellschaftliche Massnahmen zur Steigerung der Arbeitsmarktpartizipation mitzutragen. Und dies würde tendenziell auch mit Kontingenten so bleiben, denn gerade die grössten und erfolgreichsten Firmen würden sich im unvermeidlich bürokratischen Prozess durchsetzen.

Die Neuankömmlinge lösen aber Kosten für alle bisherigen Klubmitglieder aus: Sie benutzen dieselbe Infrastruktur, dieselben Freizeitmöglichkeiten, ihre Kinder dieselben Schulen, und es kann bemühend werden, wenn man an der Klubversammlung als Eingessener sein eigenes Wort nicht mehr ver-

steht. Aus Marktsicht ist die heutige Regelung der wirtschaftlich getriebenen Migration und insbesondere der Personenfreizügigkeit suboptimal, weil sie keinen Preis für die Effekte auf die bestehenden Klubmitglieder verlangt. Wenn wir der Wirtschaft weiterhin Zugang zum globalen Talent-Pool geben und eine offene Gesellschaft aufrechterhalten wollen, dann darf Einwanderung nicht mehr gratis sein.

Wir schlagen deshalb vor, dass alle Betriebe, die neu Mitarbeiter aus dem Ausland rekrutieren, über zwei Jahre verteilt, eine einmalige Abgabe von 50 Prozent des Jahressalärs des entsprechenden Mitarbeiters bezahlen müssen. Mit dieser Abgabe an den Wohnkanton des neuen Klubmitglieds sollen Aus- und Weiterbildungsprogramme von bereits in der Schweiz ansässigen Arbeitnehmern finanziert sowie Beiträge an Infrastruktureinrichtungen wie Spitäler und Schulen geleistet werden. Dank den zusätzlichen finanziellen Mitteln könnte zum Beispiel der Numerus clausus fürs Medizinstudium aufgehoben oder die Weiterbildung in den Gesundheitsberufen gefördert werden. Die finale Zweckbindung dieser Abgabe wäre noch genauer zu diskutieren.

Ein nicht unwesentlicher Teil der zunehmenden Migration entfällt auch auf Asyl-

suchende. Das Asylsystem stösst nicht nur in der Schweiz, sondern ganz generell in Europa an Grenzen. Es ist ja verständlich, dass Menschen, die aus welchen Gründen auch immer verfolgt werden, ein neues Zuhause suchen. In Zusammenarbeit mit der EU sollte sich die Schweiz für einen Schutz der Aussengrenzen und eine proportionale Aufnahme von Asylberechtigten einsetzen.

## Dichtestress reduzieren

Weder die Schweiz noch Europa können alle Menschen aus Krisengebieten aufnehmen. Die Integration solcher Menschen überfordert sowohl unsere Gesellschaft als auch unsere Infrastrukturen. Wir müssen in Zusammenarbeit mit der EU dafür sorgen, dass einerseits Flüchtlinge besser in ihrer Herkunftsregion betreut werden können, aber gleichzeitig die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Länder verbessern, etwa durch eine stärkere Entwicklungszusammenarbeit, aber auch durch Öffnung der Märkte in Form von entsprechenden Freihandelsabkommen. Zugespitzt gesagt: Wer seine eigenen abgewiesenen Asylsuchenden aufnimmt, erhält bevorzugt freien Marktzugang für Güter und Dienstleistungen.

Um den Dichtestress und den Wohnungsmangel in den Zentren zu reduzieren, braucht es Anpassungen bei der Raumplanung. Die heutige Raumplanung fördert das Wachstum in den Zentren. Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass zukünftig das Wachstum in weiteren Regionen stattfindet, damit mehr Arbeitsplätze und Wohnraum ausserhalb der Zentren geschaffen werden. Wohnen und Arbeiten muss wieder vermehrt am gleichen Ort möglich sein.

Neben den Anpassungen in der Raumplanung braucht es sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen eine verstärkte Dezentralisation von Verwaltungseinrichtungen. Im Zeitalter der Digitalisierung und Home-Office-Möglichkeiten besteht keine Notwendigkeit mehr, dass alle Verwaltungsstellen zentral an einem Ort sind. Es wäre wünschenswert und notwendig, wenn private Unternehmen ähnliche Überlegungen machen würden. Eine solche Politik entlastet einerseits die Verkehrsinfrastruktur und reduziert andererseits die Nachfrage nach Wohnraum in den Zentren mit entsprechenden Auswirkungen auf die Mietpreise.

Thomas Anwander ist ehemaliger General Counsel von Rieter und Mitglied des Zürcher Kantonsrats (Mitte). Zeno Staub ist CEO von Vontobel und kandidiert im Kanton Zürich für den Nationalrat (Mitte).